

Neue Ampel an der Winterswijker Str.

Im November 2000 haben wir den Antrag an den Rat zur Errichtung einer Ampelanlage an o.g. Kreuzung gestellt. Der Rat hat dann entschieden, erst einmal Verkehrsmessungen durchzuführen. Diese erfolgten dann auch Anfang Dezember 2000, dies allerdings zu völlig falschen Zeiten. Selbstverständlich reichten die dabei ermittelten Zahlen nicht aus, um hier tätig zu werden. Josef Schleif hat dies in der örtlichen Presse denn auch moniert. Daraufhin wurden neue Messungen im Mai 2001 durchgeführt. Diese weitaus höheren Zahlen führten dann dazu, dass der Landesbetrieb Straßenbau (LaStrab) den Bau einer Anforderungsampel signalisiert hat. Der Bau könne aber erst im nächsten Jahr erfolgen, da Gelder dafür einzuplanen seien. So weit, so gut. Josef Schleif hat im Zuge der Haushaltsberatungen 2002 rechtzeitig den Antrag auf Ansatz von 30.000€ für die Errichtung von Kontaktschleifen an dieser Ampelanlage beantragt. Dieser Antrag wurde im Hauptausschuss zurückgestellt um zunächst vom LaStrab. eine Aussage bezüglich des Baues dieser Ampelanlage zu erhalten. Bei der Ratssitzung, in dem der Haushalt verabschiedet wurde, wurde der geänderte Haushaltsentwurf abends als Tischvorlage vorgelegt. Darin wurden 5000€ für die von der UWG beantragte Kontaktschleife an der Einmündung Eschstraße zur Winterswijker Str. berücksichtigt, die im Hauptausschuss beschlossen worden waren. Als Josef Schleif in dieser Sitzung darauf hinwies, dass ein Ansatz für die o.g. Ampelanlage fehle und nach dem Grund fragte, wurde ihm mitgeteilt, dass der LaStrab. erst im April über den Mitteleinsatz entscheide und man daher noch keine Zusage für den Bau geben könne. Josef Schleif hatte aber 3 Tage vorher bereits dort angerufen und die Mitteilung erhalten, dass die Ampel in diesem Jahr eingeplant wird und demnach gebaut werden könne.



Hier kommt es immer wieder zu gefährlichen Situationen auch mit Schul- und Kindergartenkindern

Entweder war die Zusage des LaStrab. aus dem Jahre 2001 so ungenau, dass man nicht davon ausgehen konnte, dass die Anlage gebaut wird oder die Aussage war konkret, dass man vom Bau in diesem Jahr ausgehen konnte. Im ersten Fall wäre die Gemeindeverwaltung lange Zeit untätig gewesen um eine Klärung herbeizuführen. Im zweiten Fall wäre das Zurückstellen dieser Entscheidung nicht erklärbar.

Wir BündnisGrüne haben hier den schweren Verdacht, dass diese Ampel nicht oder nicht schnell kommen darf und dies aus parteitaktischen Gründen. Ansonsten wäre nicht zu erklären, warum denn Gelder für eine Kontaktschleife an der Eschstraße zur Verfügung gestellt werden und für die von uns geforderte Anlage nicht. Wenn man die beiden Standorte einmal unter dem Aspekt der Dringlichkeit betrachtet, so sprechen die Zahlen an der Kreuzung mitten im Ort eine deutliche Sprache. Berücksichtigt man dann noch die Mitbürger, welche die Straße dort queren, so sind dies in erster Linie Schulkinder, ältere Mitmenschen und Mütter mit Kindergartenkindern. Ganz zu schweigen von den MitbürgerInnen, die täglich einkaufen müssen.

Auf deren Köpfen wird hier Parteipolitik betrieben. Das ist völlig unakzeptabel. Daher besteht bei uns BündnisGrünen nur Kopfschütteln über die Arroganz der CDU, wie sie mit der Sicherheit der Mitbürger aus parteitaktischen Gründen spielt. Wir werden jedenfalls in dieser Angelegenheit nicht locker lassen, da können Sie uns beim Wort nehmen und das aus Gründen der Sicherheit für unsere Mitbürger!

Noch eine Anmerkung zu dem Einbau der Kontaktschleife im Esch: Wir sind selbstverständlich für den Einbau dieser Schleife. Wenn es um die Sicherheit unserer Mitbürger geht, sind wir BündnisGrüne in vorderster Front dabei!

Ein Basketballplatz an der Hauptschule Südlohn?

Der Basketballplatz in Südlohn soll – so der Wille der CDU erstellt werden. Wir BündnisGrünen sind der Meinung, dass es viel wichtiger wäre, wenn das Thema Skaterbahn angegangen würde. Denn diese hätte ortsteileinigende Signale gesetzt. Im übrigen werden damit die Ergebnisse der Lokalen Arbeitsgemeinschaft mit Füßen getreten, wo jedenfalls die Erstellung des Basketballplatzes weit unter dem Wunsch nach einer Skaterbahn rangiert. Dies ist

Politik an der Lokalen AG vorbei und widerspricht damit der Auffassung der BündnisGrünen und der Politik des Kreises, die Interessen der Jugendlichen und nicht die Parteiinteressen in den Vordergrund zu stellen.

Schotterpiste zum Lidl?

Der Medienaufwand war sehr groß, doch wurde es nur eine Schotterpiste – der Fuß- oder Radweg (oder – wie von Josef Schleif gefordert) eine Kombination beider. Aufwand: voraussichtlich ca. 15.000€. Dass der Weg durchaus Sinn macht, kann man nachvollziehen. Doch er ist deshalb notwendig, weil man Lidl an diesem Standort haben wollte und nicht an dem von uns geforderten Standort im Bereich Wehling-Busert/Föcking-Cohausz. Nun wird es in Zukunft noch einen Parallelweg geben, auf der anderen Seite der B70. Und dies alles aus Sicherheitsgründen für die Bürger, was an sich gut ist. Doch wenn man dann das Verhalten der Verwaltung und der CDU in Sachen Ampelanlage Panofen/Fürst-zu-Salm-Horstmarstraße sieht, unterstreicht dies den Verdacht der parteipolitischen Entscheidung. Wir sind der Auffassung, dass die Sicherheit der Bürger obenan stehen muss und keine parteipolitischen Überlegungen!

Darum muss eine Zuwegung vom Kreisverkehr zum Lidl in jedem Fall eine richtig ausgebaute Fuß-Radwegkombination werden. Zudem muss die Ampelanlage Lidlausfahrt zu einer Anforderungsampel für die Fußgänger und Radfahrer umgebaut werden.

Ebenso ist zu überlegen, dass die geplante Fuß-Radwegkombination durch die Baugebiete Schaperloh schon vor Fertigstellung der Baugebiete erstellt wird. Damit würde man den Anwohnern des Schaperloh und des Hagerkamps einen sicheren und autofreien Weg zum Lidl-Markt ermöglichen, wie wir dies ja auch im Rat beantragt haben, ohne eine Mehrheit dafür zu bekommen.

Sportvereine Teil 1 Die Geschichte vom Kieselrot und der Sprintstrecke

Da liegt diese Angelegenheit bereits etwa 1 Jahr in der Verwaltung und dann muss eine Dringlichkeitsentscheidung Ende letzten Jahres her, um nicht Fristen zu versäumen. Da wird die Angelegenheit gravierend teurer, als ursprünglich ermittelt. Dabei hätte man alle Zeit der Welt gehabt, um vor der Auftragsvergabe einmal die Aschenbahn gründlich zu untersuchen. Dann hätte man sicherlich auch erkennen können, dass das Kieselrot durch den Untergrund tiefer eingesickert ist als dies ange-

nommen wurde. Dann führt die Gemeindeverwaltung ein Gespräch mit dem FC Oeding und kommt gemeinsam(?) zu dem Ergebnis, dass es nur eine Sparaschenbahn geben soll. Bereits in der Bauausschusssitzung gab es erhebliche Zweifel an dem angeblichen Konsens, den der Bürgermeister zum Besten gab. Einige Tage danach erhielten die im Rat vertretenen Parteien einen Brief des FC, in dem dieser genau diesen Konsens vehement bestritt. Die CDU hat mit starken Worten eine Überdenkung dieses so genannten Konsenses abgelehnt. Nun kam es in der Ratssitzung zu kritischen Fragen im Zusammenhang mit der Frage nach dem Sinn dieser amputierten Lösung. Die Antwort auf die Frage nach dem Training für z.B. das Sportabzeichen oder die Bundesjungendspiele wurde von der CDU damit beantwortet, dass man ja dann nach Südlohn ausweichen könne.

Doch plötzlich kommt bei der CDU ein Wandel. Man wolle nochmals mit dem Verein reden, so stand es in der örtlichen Presse. Vorausgegangen war aber bereits ein Ortstermin mit Ratsvertretern, der Verwaltung und dem FC. Dort hatte man bereits Konsens erzielt. Die CDU ließ in einer Presseveröffentlichung verlauten, man wolle nochmals mit dem FC – am Tag nach der Einigung – reden! Der FC hatte inzwischen ein weiteres Schreiben an die im Rat vertretenen Parteien gerichtet und dort nochmals erhebliche Kritik an dem Gesamtvorgang Kieselrotsanierung geübt.

Wir BündnisGrüne sind hier der Meinung, dass diese 100-m-Bahn aus optischen, Breitensportpolitischen sowie aus Imagegründen unsinnig ist. Die Entscheidung, hier ca. 15.000€ einsparen zu wollen, ist falsch.

Sportvereine Teil 2 Zuschüsse zu den Neu- und Erweiterungsbauten an den Umkleiden

Um hier den Sparwillen deutlich zu machen, hat die CDU für beide Vereine einen Zuschuss zu den Baumaßnahmen in Höhe von bis 100.000 DM zu geben. Nun ist dies im Falle des SC Südlohn ohnehin so wenig, dass das Konzept in der angedachten Form völlig über den Haufen geworfen werden muss. Beim FC Oeding wird die gleiche Grenze von 100.000 DM zugrunde gelegt, obwohl es sich hier nicht um einen kompletten Neubau handelt. Das nennt man bedarfsgerechte Förderung! Diese Zuschüsse zementieren den Standort beider Sportanlagen für die nächsten 25 Jahre. Dies steht im krassen Gegensatz zu den Lippenbekenntnissen für die Schaffung eines zentralen Sportzentrums und damit dem städtebaulichen Gesamtkonzept.

Städtebauliches Gesamtkonzept und Verkehrskonzept zwei Paar Schuhe ohne Gemeinsamkeiten?

Wir hatten einen Antrag an den Rat zur Verabschiedung eines Terminplanes für die Erarbeitung/Verabschiedung des Städtebaulichen Gesamtkonzeptes im letzten Herbst gestellt. Dieser wurde – weil er angeblich zu spät eingereicht wurde – nicht auf den Terminplan der nächsten Ratssitzung gesetzt. Er müsste dann logischerweise zur nächsten Ratssitzung auf die Tagesordnung. Weit gefehlt. Stattdessen stellt die CDU in dieser Sitzung den Antrag, Gelder für die Entwicklung des Verkehrskonzeptes bereitzustellen, was dann auch beschlossen wurde. Erst in der darauf folgenden Sitzung wurde unser Antrag dann mit dem Hinweis auf die Haushaltsberatungen in die Februar-Sitzung verschoben. Einen Terminplan hat man dort weder beraten noch beschlossen. Nun kann man hier nur den Kopf schütteln über das Verhalten der Ratsmehrheit. Da wird ein eigener Haushaltsposten für dieses Verkehrskonzept gebildet obwohl die Trennung zwischen dem Gesamt- und dem Verkehrskonzept nicht sauber möglich ist. Hier ist die Frage erlaubt, wie denn ein Verkehrskonzept erarbeitet werden soll, wenn nicht z.B. das Wohnbaukonzept sowie das Infrastrukturkonzept steht? Es gab dann auch logischerweise in der Presse verbale Verrenkungen, um hier nicht den Eindruck entstehen zu lassen, dass die CDU hier einiges durcheinander gebracht hatte. Vielleicht war es denn auch so, dass man hier diesen Schnellschuss machen musste, um in der Bevölkerung nicht als Penner dazustehen. Wir stellen hier mit Genugtuung fest, dass in dieser Sache aufgrund unseres Antrages Bewegung in die Angelegenheit gekommen ist, was auch dringend notwendig ist im Sinne einer vernünftigen Entscheidungsgrundlage für zukünftige Ratsentscheidungen.

AST – und kein Ende

Auch in diesem Jahr haben wir wieder anlässlich der Haushaltsberatungen den Antrag für die Einrichtung des AST gestellt. Nachdem die CDU mit Hinweis auf die ungeklärte Kostensituation in Sachen Taxibus diesen Antrag nun schon das dritte mal ablehnt, noch einige kurze Anmerkungen dazu: Wir werden diesen Antrag auch im nächsten Jahr stellen, weil wir der Überzeugung sind, dass dies zu einer erheblichen Verbesserung der Mobilität für Jugendliche und ältere Menschen führt. Die o.a. Begründung der CDU geht deshalb fehl, weil die Finanzierung des Taxibusses durch den CDU-geführten Kreis erfolgt. Wenn man denn ein AST will, kann man dies nicht mit der unsicheren Finanzlage des Kreises begründen.



Wir sind der Meinung, auch für Südlohn und Oeding nötig! Anrufsammeltaxi mit Borken!

Ferner wendet der Kreis – im Gegensatz zu vergleichbaren Flächenkreisen in NRW – weit weniger Mittel für den Öffentlichen Personennahverkehr aus. Es ist also nur die Frage, ob man denn will oder nicht. Leider stellen wir BündnisGrüne fest, dass die Chance wieder einmal vertan wurde, hier wirklich etwas für die Mobilität der Bürger zu tun. Im übrigen würde die Einführung des AST nach vorliegenden Angeboten nicht einmal 1/3 der geplanten Personalkostensteigerungen im Rathaus für das Jahr 2002 kosten. Für diese Personalkostenpolitik ist genau die gleiche Partei verantwortlich, die das AST ablehnt, die CDU!

Grüner Antrag zu Ampelanlagen B 70- Welch ein Zufall?

Am 16.10.01 haben wir den Antrag gestellt, die Steuerung der beiden Ampelanlagen an der B70 zu koppeln, damit nicht eine Anlage auf grün und die andere auf rot schaltet. Das führt zu gefährlichen Situationen und unnötigen Umweltbelastungen in diesem Bereich. Die Gemeinde solle hier beim Landesbetrieb Straßenbau vorstellig werden. Dieser Antrag wurde vom Bürgermeister mit der Bemerkung als erledigt betrachtet, dass man in dieser Angelegenheit tags zuvor bereits tätig geworden sei.....

Die Windkrafttheuchelei der CDU!

Windkraftanlagen schmeißen mit Eis, Windkraftanlagen können psychische Schäden verursachen, Windkraftanlagen verschandeln die Münsterländer Parklandschaft, Windkraftanlagen sind schädlich für die Tiere, usw., usw., alles CDU-Argumente, die unsachlich, überzogen und größtenteils nicht der Wahrheit entsprechen. Hauptsache, es werden Windkraftanlagen verhindert, wo immer es möglich ist. Da nimmt man eine Ingenieurgesellschaft – natürlich ohne Ausschreibung – und beauftragt diese mit der Erarbeitung eines Flächennutzungsplanes für die (Nicht-)Nutzung von Windkraft. Diese Ingenieurgesellschaft ist zufällig die von der (CDU)-Bezirksregierung Münster empfohlene... Das Gutachten fiel natürlich wie erwartet aus. Die darin gemachten Aussagen sind u.a. die gleichen wie oben.... Dabei wird auch das Argument des Eiswurfs genannt, obwohl seit geraumer Zeit bereits nur noch Windkraftanlagen mit Auftaueinrich-

tungen an den Rotorblättern genehmigt werden. Man argumentiert auch und vor allen Dingen mit der Zerstörung der Münsterländer Parklandschaft sowie dem Schutz der Nachbarn vor solchen Anlagen. Bei genauerer Betrachtung werden hier genau die Argumente, die man für eine Umgehungsstraße nutzt, gegen die Windkraft verwendet. Würde man die gleichen Maßstäbe für den Bau von Straßen wie für Windkraftanlagen anlegen, keine Straße würde mehr gebaut werden können. Wenn man sich nun noch erinnert, mit welcher Arroganz die CDU gegenüber den Mitbürgern reagiert hat, die von einer solchen Umgehung betroffen sind, ist nicht mehr nachvollziehbar, mit welcher Vehemenz man sich gegen Windkraft ausspricht und dies einzig und allein, um Mensch und Natur zu schützen..... Windkraft reduziert Treibhausgase, führt zu einer Unabhängigkeit von der zentralen Energieversorgung und ist einfach umweltfreundlich. Genau diese Abwägung wird in keiner Weise in dem angesprochenen Gutachten berücksichtigt. Schutz von Mensch und Natur kann man nicht allein an Eiswurf und psychischen Störungen etc. festmachen; man muss hier abwägen, aber genau das will man aus ideologischen Gründen nicht! Im übrigen haben die Windkraftgegner nicht einmal ansatzweise eine Lösung für die o.a. Probleme parat. Ein Letztes: Die BündnisGrünen sind für eine für Mensch und Natur verträgliche Windkraft unter Berücksichtigung langfristiger Auswirkungen auf Beides. Ein Letztes dazu: 140m-Anlagen würden nach der Abschreibungsphase ca. 30.000,00 DM Gewerbesteuer jährlich bringen. Bei 20 Anlagen für unseren Ort wären das ca. 600.000,00 DM im Jahr, wovon ein erkleckliches Sümmchen dem Gemeindehaushalt zugute kommen würde. Zurzeit liegt die Änderung des Flächennutzungsplanes zum Thema Windkraft bei der Gemeinde aus. Dort kann man diese einsehen und gegebenenfalls Einspruch dagegen erheben. Von unserer Homepage können sie sich einen Vordruck für einen Einspruch zugunsten der Windenergie herunterladen. (www.gruene-suedlohn.de)

Teurer Kanal in Südlohn

Die Gemeindeverwaltung beauftragt eine Ingenieurgesellschaft, die in der Gemeinde mittlerweile eine quasi Monopolstellung im Kanalbaubereich innehat, mit der Kostenschätzung für die Kanalbaumaßnahme Esch-pp-Straße. Dabei kommt eine Summe X heraus. Diese wird als Entscheidungsgrundlage den Rat präsentiert. Die Ratsmehrheit stimmt zu. Dann stellt sich bei der Ausschreibung der Maßnahme heraus, dass die Summe um einen sechsstelligen Eurobetrag teurer wird. Nun ist die Frage nach dem Schuldigen allerorten diskutiert worden, auch im Rat. Dort gibt die CDU mehrmals zum Besten, dass es sich dabei um ein Ereignis handle, das einfach hinzunehmen wäre und man

solle, so der Bürgermeister, bei der Diskussion nicht nach hinten sondern nach vorne blicken. Wie wahr?! Wenn man nun dabei nicht nach hinten blicken darf, ist die Frage nach den Ursachen nicht mehr erlaubt und eine bessere Lösung für die Zukunft nicht möglich. Wenn man nun einmal analytisch an diesen Fall herangeht, stellt man fest, dass die Kostenüberschreitungen in erheblichem Maße durch fehlende Informationen bei der Ingenieurgesellschaft begründet sind. Dazu zählt unter anderem die Bodenbeschaffenheit, Altlasten, die Materialzusammensetzung der Straßendecke usw.. Die BündnisGrünen stellen fest, dass die Informationen von der Gemeinde an die Ingenieurgesellschaft zu fließen haben, da diese nur bei der Gemeindeverwaltung bekannt sein können. Selbst wenn die Ingenieurgesellschaft diese Infos hätte haben können, so ist es Sache der Gemeinde, auf diese Besonderheiten bei Auftragserteilung hinzuweisen. Dies gilt umso mehr, als der Bürgermeister auf die Frage, ob man denn die Ingenieurgesellschaft für diese Mehrkosten haftbar machen könne, antwortete, dass es lt. Rechtssprechung so gut wie unmöglich ist, die Ausschreibung für diese Maßnahme zu ändern und sie damit zu wiederholen ohne Gefahr zu laufen, dass es hier zu Regressansprüchen seitens der Bieter kommt. Da dies so ist, ist es ausschließlich Gemeindeverwaltungsaufgabe, Ausschreibungen so präzise wie möglich zu formulieren um solchen Mehrkosten zu begegnen. Zum Rückblick in dieser Angelegenheit gehört auch die Suche nach den Schuldigen, vielleicht wollte man durch das Nachvorneschauen genau dies verhindern.

Landschaftswärter gesucht

Ein Mitglied unserer Partei, seit 30 Jahren aktiver Jäger, hat beim zuständigen CDU-Wahlkreisvertreter im Rat ca. 4 Wochen vor der Ratssitzung seine Kandidatur für die Position des Landschaftswärter gemeldet. 3 Tage vor dem Termin war im Rathaus von einer Kandidatur des Betroffenen nichts bekannt. Er hat sich dann persönlich dort gemeldet und wurde auf die Liste der Kandidaten gesetzt. Es war dort nur ein Name bekannt. Dabei handelte es sich um den CDU-Kandidaten, wie sich später herausstellte..... Dass es bei der Ratsentscheidung der CDU-Kandidat wurde, braucht nicht zu wundern. Wundern tut uns BündnisGrünen allerdings schon die Tatsache, dass hier der weitaus weniger qualifizierte Kandidat gewählt wurde. Der Hinweis in der Öffentlichkeit, dass hier die untere Landschaftsbehörde die Entscheidung treffe, zieht nicht. Ein Anruf dort bestätigte, dass sehr wohl der Vorschlag des Gemeinderates als Entscheidungsgrundlage dient, was ja auch Sinn macht, da die Behörde eine regionale, aber nicht örtliche Behörde ist.

Impressum: Texte: Bündnis 90/Die Grünen Ortsverband Südlohn & Oeding; Bilder: Franz-Josef Rickers; V.i.S.d.P.: Franz-Josef Rickers, Lohner Str. 71 46354 Südlohn; Druck: Eigendruck

Unsere zukünftige Arbeit wird sich mit den Schwerpunkten Umwelt, Städtebau und Verkehrspolitik beschäftigen. Schon in allernächster Zukunft werden wir dazu einige Anträge in den Rat einbringen. Sollten Sie, liebe Mitbürger Interesse an unserer Politik gefunden haben, fordern Sie uns!

Ich, (Name, Anschrift).....

möchte das die Grünen folgendes in den Rat der Gemeinde Südlohn einbringen:

.....

(Falls der Platz nicht ausreicht, bitte auf einen gesonderten Blatt fortsetzen!)

möchte Informationen von Bündnis 90/Die Grünen bekommen.

möchte zu Versammlungen des Ortsverbandes Südlohn & Oeding eingeladen werden.

möchte Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen werden.

(Bitte ausschneiden und einsenden an: Franz- Josef Rickers, Lohner Str. 71, 46354 Südlohn)

Leserbrief:

Abs.: Josef Schleif, Hinterm Busch 18, 46354 Südlohn-Oeding

Stellungnahme zu den in den Tageszeitungen erschienenen Vorwürfe des Herrn Beckmann in Sachen „Schwanhold-Brief“ der IG für ein vernünftiges Verkehrskonzept in Oeding e.V. Nach intensiven Recherchen in dieser Angelegenheit komme ich zu folgendem Ergebnis:

Ich verwahre mich in aller Form gegen die von Herrn Beckmann mir gegenüber gemachten Vorwürfe aus folgenden Gründen:

1. Wie ich mich meinen Briefpartnern gegenüber zu erkennen gebe, ist allein meine Entscheidung. Einen Brief in der Funktion als Vorsitzender der IG für ein vernünftiges Verkehrskonzept unterschreibe ich selbstverständlich nicht als Ratsmitglied.
2. Der Satz „Ziehen Sie sich warm an, Herr Minister“ ist von mir aus der Radiosendung WMW-Kompakt sinngemäß zitiert worden. Dort heißt es in dem mir vorliegenden Protokoll vom 16./17.10.01 wie folgt: „Südlohns Bürgermeister Georg Beckmann geht fest davon aus, dass die Oedinger Umgehungsstraße spätestens 2005 kommt. Sonst müsse sich Minister Schwanhold warm anziehen.“ Ich bleibe daher dabei, dass dies der Bürgermeister sinngemäß auch so gesagt hat.
3. Die in den Tageszeitungen, besonders in der Westmünsterland Zeitung genannten 12500 Fahrzeuge sind – auch hier bleibe ich bei meinen Ausführungen – absolute Ausnahme. Sie sind allerdings an einem Samstag im Mai bei sehr schönem Wetter gemessen worden und nicht – wie ich angenommen hatte – an Feiertagen, an denen die Geschäfte in den Niederlanden geöffnet sind. Dies habe ich beim Minister korrigiert.

8. Die Aussage, dass damit wochentags immer über 9000 Fahrzeuge fahren, ist falsch und maßlos übertrieben. Die neuesten Zahlen des Bundes – an gleicher Stelle gemessen - sprechen dabei nämlich eine völlig andere Sprache: Die durchschnittlichen Tageswerte in Oeding liegen demnach bei 7786 Fahrzeugen. Das ist eine Differenz von mehr als 1200 Fahrzeugen/Tag. Im Jahr ergibt das ein Minus von mehr als 437.000 Fahrzeugen. Im übrigen liegt der vom Bund gemessene Wert um mehr als 1150 Fahrzeuge unter dem Wert, der in 1993 als Grundlage für die Gutachten zur Umgehung ermittelt wurde. Mehrere andere Zählungen an gleicher Stelle in 2001 sowie in 2002 haben auch deutlich geringere Werte ergeben, als die von Herrn Beckmann genannten 12.500 bzw. 9000 Fahrzeuge.
9. Ich habe von Herrn Minister Schwanhold mittlerweile eine Antwort auf mein Schreiben erhalten, in dem er darauf hinweist, dass er **keine** Terminzusage für die Finanzierung der Umgehung Oeding gemacht habe.
10. Die Aussage des Bürgermeisters, dass mir offenbar jedes Mittel recht sei, die Umgehung zu verhindern, ist abwegig. Ich kämpfe gegen diese Trassenführung, nicht gegen eine Umgehung an sich. Die Trasse ist städtebaupolitisch unsinnig und für die weitere Entwicklung Oedings ein Hemmschuh sondergleichen. Dies zeigt sich seit langem an der Entwicklung neuer Baugebiete in unmittelbarer Nähe zur geplanten Umgehung. Ohne die Umgehung an dieser Stelle hätte Oeding bereits seit langem mehr als 100 neue Bauplätze.
11. Die Unterstellung, ich wolle ihn mit meinem Brief in Düsseldorf nur „madig“ machen, weise ich von mir. Ich jedenfalls trenne strikt Personen von Sachen!

Mir dann noch mit rechtlichen Schritten in diesem Zusammenhang zu drohen, ist – gelinde gesagt – eine Frechheit. Ich erwarte von einem Bürgermeister, der angetreten ist als Bürgermeister für alle Bürger, dass er mit Zahlen und Fakten, die er an die Öffentlichkeit gibt, sorgsamer umgeht und auch die Interessen der Betroffenen an dieser Trasse mit gleicher Vehemenz vertritt, wie er es denn für die Umgehung tut.

Oeding, den 28. Januar 2001

gez. Josef Schleif

***Anm.:** Dieser Brief ist beiden Tageszeitungen als Presseveröffentlichung zugegangen und dort bereits auszugsweise veröffentlicht worden. Wir bringen eine ungekürzte Fassung an dieser Stelle, da der Bürgermeister diese Angelegenheit in einer Ratssitzung öffentlich behandelt hat, damit Sie auch über die Stellungnahme von Herrn Schleif voll informiert sind.*

Möchten sie mehr von uns wissen? Hier die Kontaktadressen:

Südlohn:

Franz – Josef Rickers, Lohner Str. 71 Tel.: 97097

Email: Franjo.Rickers@t-online.de

(Jugend)

Matthias Rickers, Lohner Str. 71 Tel.: 97097

Email: matthias.rickers@gmx.li

Oeding:

Josef Schleif, Hinterm Busch 18 Tel.: 6519

Email: J.Schleif2000@t-online.de

(Jugend)

Maik van de Sand, Mühlenweg 4 Tel.: 580065

Email.: maubi@t-online.de

Internet: www.gruene-suedlohn.de